

Herr Stadtrat Hillgruber erläutert, dass die Ratsversammlung in der Sitzung am 15.11.2022 entsprechend des Vorschlages der Verwaltung abgestimmt habe. Aufgrund rechtlicher Bedenken des Fachdienstes Recht hat Herr Oberbürgermeister Bergmann anschließend Widerspruch einlegen müssen. Daraufhin habe die Verwaltung neue Gespräche mit dem Kinder- und Jugendbeirat aufgenommen, da die Betreuung des Kinder- und Jugendbeirates aufgrund des Widerspruchs bei der Verwaltung bleiben werde. Gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbeirat habe man eine verwaltungsinterne Lösung zum 01.01.2023 finden können.